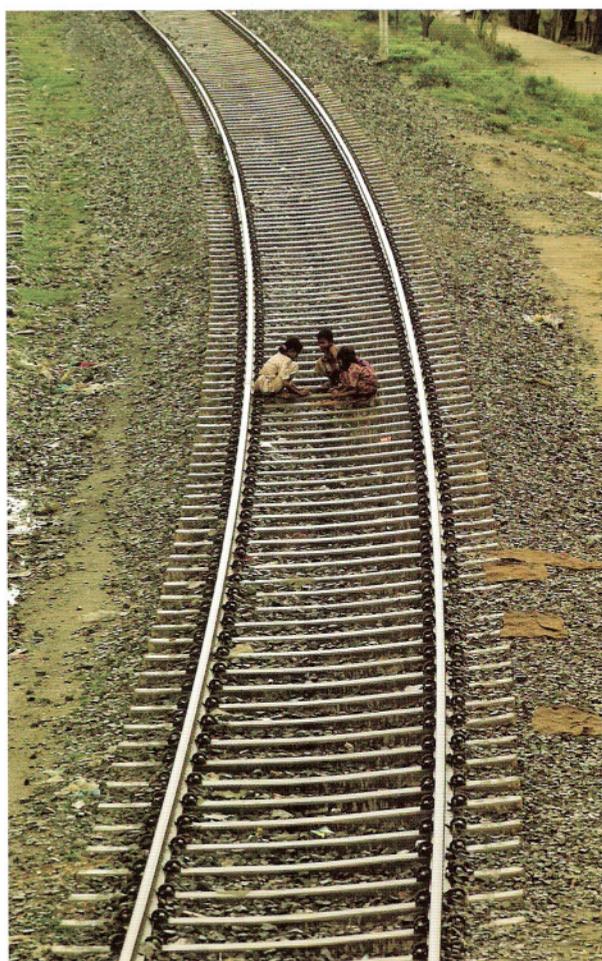


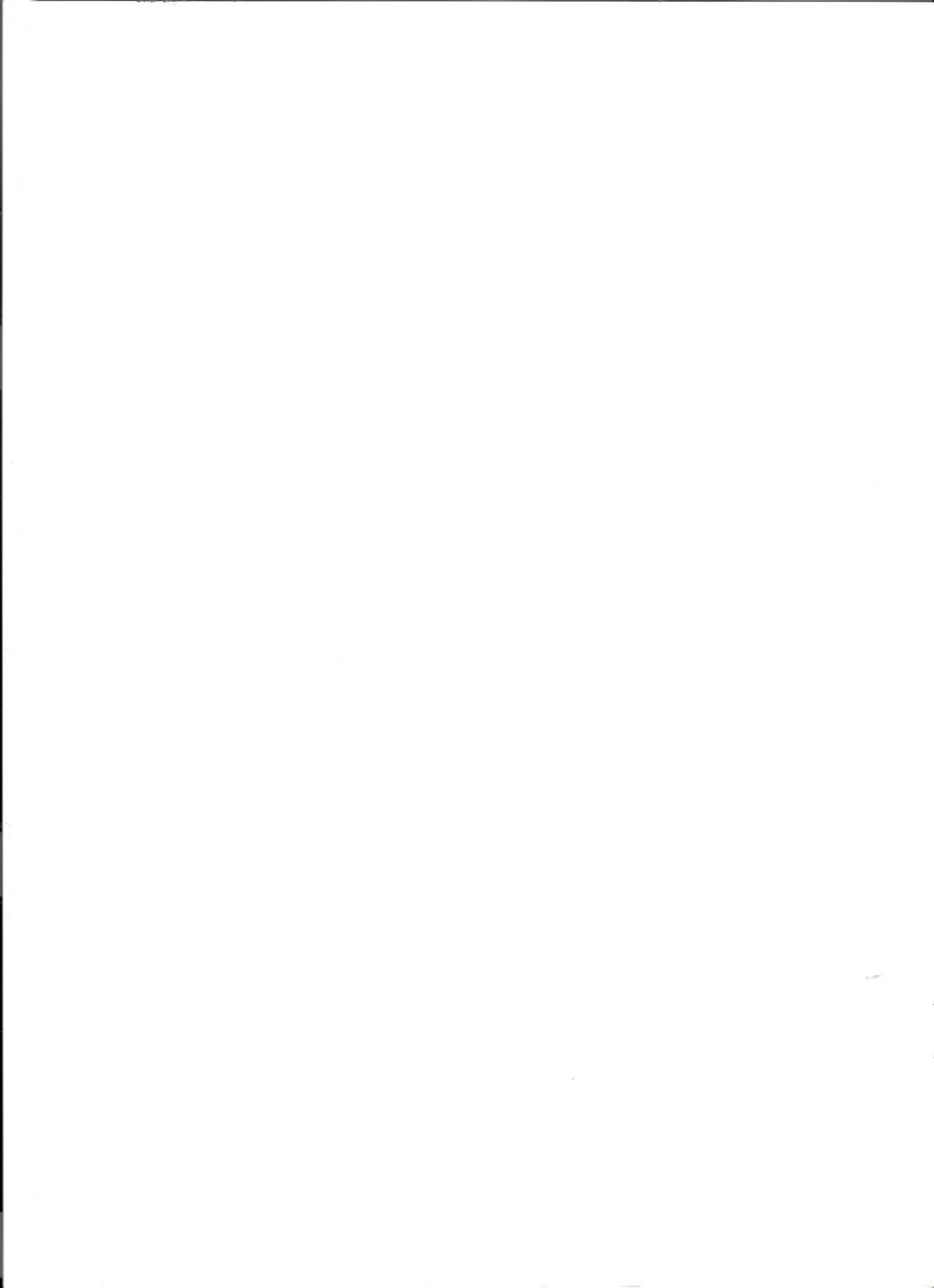
KINDERARMUT IN EUROPA



BERLINER KONFERENZ

VOM

23. UND 24. JUNI 2006





Herausgegeben von der
Delegation der Linkspartei.PDS in der Konfö-
deralen Fraktion der Vereinten Europäischen
Linken / Nordische Grüne Linke (GUE/NGL),
Rue Wiertz, ASP 6F 353, B-1047 Brüssel,
Belgien, www.linkspartei.pds-europa.de
V.i.S.d.P. Gabriele Zimmer

Bildnachweis: Reuters (3), Anja Ulbricht (29),
Deutscher Bundestag (1), Arche e.V. (6)

Gestaltung, Satz und Bildbearbeitung:
Kohwagner, München

Produktionsmanagement und Lektorat:
Werner Jourdan, München

Druck: Mandaro Mediengesellschaft mbH,
Berlin



INHALTSVERZEICHNIS

	Referent/in oder Autor/in	Seite
Kinder tragen an ihrer Armut keine Schuld	Gabriele Zimmer	6
Geld allein genügt nicht	Luc Jochimsen	7
Das Recht auf eine glückliche Kindheit	Gabriele Zimmer	8
"Lichtenberger Terrorgruppe - kurz LTG"	Jan Becker	0
Tschechien: Soziale Trennung bereits in der Schule	Miroslav Prokes	2
Romanowski trifft ... Talk zum Thema	Romanowski und Gäste	3
Meinung: Der letzte Deutsche	Ruth Berschens	3
Schlechtes Humankapital? Wirklich keine gute Idee	Koen Vleminckx	4
EU: Für eine solidarische Bürgerversicherung	Michael Klundt	16
Irland: Hohe Armutsrate trotz Wirtschaftswachstum	Jonathan Healy	18
Einkommen in Deutschland: Die Schere öffnet sich	Rudolph Martens	19
"Zukunftspotential": Kinder nicht nur Mittel zum Zweck	Ursula Schröter	20
Die Situation in Portugal: Einrichtungen voll ausgelastet	Ilda Figueiredo	24
"Zirkus Internationale": Viele Kinder von Schule frustriert	Gail Nöck	25
Romanowski trifft ... Talk zum Thema	Romanowski und Gäste	27
Den Teufelskreis durchbrechen - aber wie?	Margherita Zander	31
Talkrunde mit Helmuth Markov: Hört die Politik überhaupt zu?	Markov und Gäste	33
Polen: Nur eine soziale Politik kann die Lage ändern	Joanna Gwiazdecka	37
Reportage: Die Arche – Wo Kinder einfach Kinder sein dürfen	Regina Seifert	39
Polen: "Ich möchte bitte ein Brot, Butter, Reis und Nudeln"	Zuzanna Dabrowska	42
Reflexionen zum Begriff Kinderarmut	Ronald Lutz	43
Verzeichnis der Referenten		45

Kinder tragen an ihrer Armut keine Schuld

Wann immer Regierende in der EU darüber nachdenken, wie sie angesichts sinkender Geburtenrate und demographischen Wandels reagieren sollen, sprechen sie von „Investitionen in unsere Kinder als Investitionen in unsere Zukunft“ – und meinen damit die Sicherung des künftigen Arbeitskräftebedarfs und der Rentenkasse. Deshalb glaubt man aber auch, auf einen größeren Kindersegen in jenen Familien setzen zu müssen, die bereits sozial und kulturell wohl situiert sind. In Armut aufgewachsene Kinder reproduzieren schließlich wieder Armut und sind für die Anforderungen des globalisierten Wettbewerbs nicht so besonders geeignet.

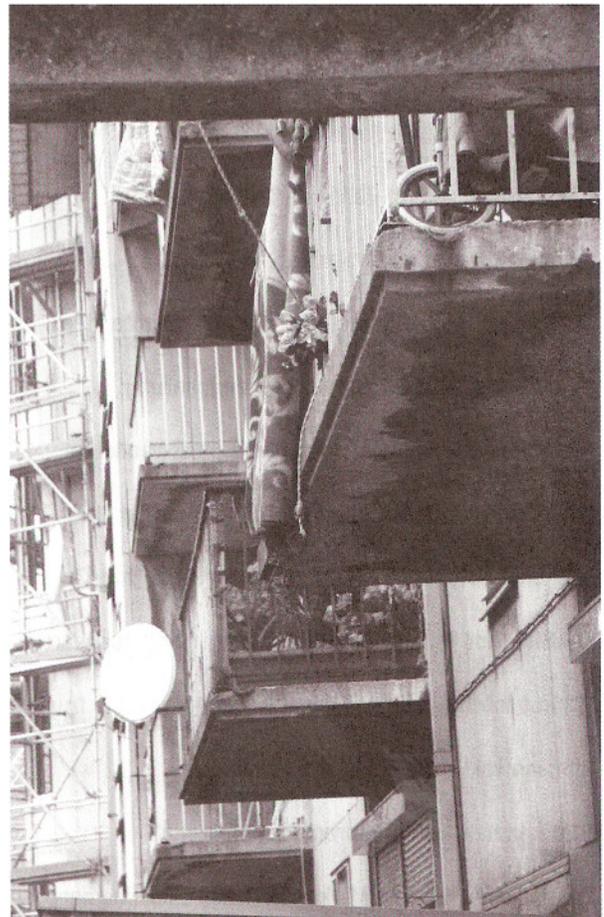
Kinder tragen an ihrer Armut keine Schuld, und sie können sich daraus nicht selbst befreien. Armut beraubt sie ihrer Entwicklungs- und Zukunftschancen durch schlechtere Bildungsmöglichkeiten, schlechtere Gesundheit und geringere Möglichkeiten einer sozialen Teilhabe. All das ist längst offenbar. Dennoch hat das in Deutschland bis heute nicht dazu geführt, Kinderarmut als gesamtgesellschaftliches Problem zu betrachten und entsprechende Lösungswege zu finden.

Jedes Kind hat das Recht auf eine glückliche Kindheit, auf ein Leben, das seine volle körperliche, seelische, geistige, soziale und sittliche Entwicklung erlaubt. So steht es bereits in der UN-Kinderrechtskonvention. Jedes Kind hat besondere Fähigkeiten, die herauszufinden ihm möglich sein muss. Wenn das heute viele Eltern nicht mehr leisten können, muss die Gesellschaft dafür Bedingungen schaffen.

Am Geld mangelt es nicht. Deutschland gibt jährlich Milliarden für direkte Transferleistungen an die Familien aus. Das hat weder zu weniger Kinderarmut noch zu weniger Arbeitslosigkeit geführt. Wir brauchen ein Umdenken. Statt lediglich auf Beihilfen zu setzen und andererseits zunehmend eine Förderung jener Familien zu betreiben, die sowieso schon besser gestellt sind, müssen wir die Kinder unterstützen, die keine gut situierten Eltern haben. Was voraussetzt, Kinder endlich als eigenständige Persönlichkeiten anzuerkennen.



Gabi Zimmer ist Europaabgeordnete der Linkspartei.PDS und Mitglied im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten im Europäischen Parlament



Wie es gehen kann, zeigt Dänemark. Obgleich es nicht mehr Geld als Deutschland ausgibt, besuchen in keinem Land der EU so viele Kinder einen Kindergarten, sind so viele Alleinerziehende voll berufstätig, ist der Unterschied zwischen Arm und Reich so gering. Wie teuer einem Land Kinderarmut zu stehen kommen kann, wird dagegen in Großbritannien deutlich. Mit einem Milliardenprogramm versucht die Regierung Blair seit 1997, Kinder aus der Armut zu holen. Von dem Ziel, bis 2010 die Kinderarmut zu halbieren, ist sie jedoch weit entfernt. Auch die EU-Kommission will jetzt die Kinderrechte stärken, bis 2007 eine Europäische Kinderrechtsstrategie erarbeiten. Nun endlich will sie unter anderem Maßnahmen zu Bekämpfung von Kinderarmut in der Union bündeln. Bis zur im Januar 2007 beginnenden Ratspräsidentschaft bleibt der Bundesregierung nicht mehr viel Zeit, sich für eine Politik zur Bekämpfung von Kinderarmut zu entscheiden.

Geld allein genügt nicht

Die Bundestagsabgeordnete Lukrezia Jochimsen stellte einige grundsätzliche Gedanken zum Thema Armut und speziell zur Kinderarmut an den Beginn ihrer Ausführungen. „Armut ist relativ“, sagte sie und zitierte Jean-Paul Sartre (1905-1980): In einem Land, in dem die Mehrheit barfuß geht, bedeute der Besitz von Schuhen Reichtum, habe dieser geschrieben. In einem Land, in dem die Mehrheit - zwar in Schuhen - zu Fuß gehe, bedeute der Besitz eines Fahrrades Reichtum. Insofern müsse das Phänomen Armut aus ihrer Sicht „jenseits der Dinge und der materiellen Werte und auch des Geldes“ überlegt und diskutiert werden. Es gehe nicht nur darum, dass die Familien mehr Geld zur Verfügung haben.

Das Phänomen Kinderarmut, das zu Recht angeprangert wird, habe „zunächst etwas zu tun mit dem Wohlstand und mit dem Reichtum dieser Gesellschaft“. Man müsse sich fragen, wie denn die Eltern gelebt haben, die Großeltern oder gar die Urgroßeltern dieser Kinder, die heutzutage als arm definiert werden. So komme man „sehr schnell darauf, dass die Eltern und deren Großeltern im Schnitt (...) wahrscheinlich viel ärmer waren, als die Kinder, die sich heute in Kinderarmut befinden“. Es gehe nicht in erster Linie um „Dinge“, sondern um Armut im traditionellen Sinne, sagte Jochimsen. „Es geht aus meiner Sicht um den Zustand der Gesellschaft, ihren allgemeinen Wohlstand und Reichtum und dessen Verteilung, um soziale und sonstige Gerechtigkeit überhaupt.“

Umfrage mit interessanten Ergebnissen

Jochimsen verwies auf eine Untersuchung, die im vergangenen Jahr durchgeführt wurde. 6.000 Neuklässler und 17.000 Zehnjährige waren in elf Städten der Bundesrepublik befragt worden: in Dortmund, Hannover, München, außerdem in Kleinstädten in NRW, Nieder-



Die Bundestagsabgeordnete Luc Jochimsen sagt: Was den Kindern in unserer reichen Wohlstandsgesellschaft mit Überfluss und Luxus fehlt, das sind die Mittel für ihre ganzheitliche Bildung

sachsen, Bayern, Baden-Württemberg und Thüringen. Dabei habe sich folgendes Bild ergeben: 36 Prozent aller befragten Kindern im Alter von 10 bis 15 Jahren besitzen neben dem ihrer Eltern noch ein eigenes Fernsehgerät. Im Osten Deutschlands und im Ruhrgebiet waren diese Zahlen noch höher, sagte Jochimsen. „Interessanterweise“ waren sie aber in einem reichen Bundesland, nämlich in Bayern, deutlich niedriger. In Dortmund besaß Ende 2005 fast die Hälfte aller zehnjährigen Mädchen einen eigenen Fernseher; 44 Prozent hatten einen Computer, 27 Prozent eine eigene Spielkonsole.

Bei den männlichen Zehnjährigen im Ruhrgebiet lagen die statistischen Zahlen noch höher. Über 63 Prozent verfügten über einen eigenen Fernseher, 56 Prozent nannten eine Spielkonsole ihr Eigen und 52 Prozent hatten einen eigenen Computer. „Jeder zweite Schüler unter 16 Jahren verfügt heutzutage in der Bundesrepublik über ein eigenes Handy“, erklärte Jochimsen.

Sie fragte danach, was diese Zahlen lehren könnten. Aus ihrer Sicht lehrten sie nicht etwa, das „diese Kinder reich oder nicht arm sind“, sagte sie, „sondern dass Kinder einen weit reichenden Zugang haben zu Konsumartikeln“. Gerade der Zutritt zu Erzeugnissen der elektronischen Unterhaltungsindustrie stelle etwas Besonderes für ihr Leben dar. Und es sei keineswegs so, dass sich diese Geräte etwa nur in den Villen, in den Häusern oder den Vierteln der Wohlhabenden befänden. „Sie stehen auch in den Wohnungen der Familien, von denen wir sagen, dass es ihnen finanziell schlecht geht.“

Es fehlen die Mittel für Ganzheitliche Bildung

„Wenn wir uns als linke politische Partei und Bewegung des Problems der Kinderarmut annehmen wollen, dann müssen wir überlegen, was wir gegen Kinderarmut unternehmen wollen“, sagte die Bundestagsabgeordnete. Sie stehe auf dem Standpunkt, dass nicht nur Geld allein, nicht nur die bessere finanzielle Ausstattung „im Kern die Situation einer armen, einer gefährlich armen, einer verarmten Kindheit“ verändert.

Es fehlt Zuwendung von professionellen Menschen

„Was den Kindern in unserer reichen Wohlstandsgesellschaft mit Überfluss und Luxus fehlt, das sind die Mittel für ihre ganzheitliche Bildung“, erläuterte Luc Jochimsen ihren Standpunkt, den ungehinderten Zugang zu den Künsten, zur Musik, der Malerei und zum Sport sowie die Zuwendung von professionellen und auch von ehrenamtlichen Menschen. In diesem Bereich fehle das notwendige Geld. Deshalb stellte sie ihre Grundthese an den Schluss ihrer Betrachtungen: „Auch wenn wir durchsetzen könnten, dass jede Familie mit Kindern im Monat 200 Euro mehr erhält, dann würden die Kinder dadurch nicht weniger arm werden als sie jetzt schon sind.“

Das Recht auf eine glückliche Kindheit

Die Europaabgeordnete Gabriele Zimmer zitierte zunächst die bundesdeutsche Familienministerin Ursula von der Leyen: „Je unsicherer die Welt wird, je mehr wir die negativen Folgen der Individualisierung spüren, desto mehr konzentrieren wir uns auf Dinge, die wir überhaupt noch beeinflussen können. Dazu gehört der Glaube und die Familie“. Das habe von der Leyen auf die Frage geantwortet, wie sie ihr hohes Amt mit sieben Kindern überhaupt vertreten könne.

„Die Tochter des ehemaligen Ministerpräsidenten von Niedersachsen, Albrecht, hat Volkswirtschaft und Medizin studiert, sie ist promovierte Gynäkologin und verkörpert in aller Vollkommenheit das Ideal des modernen Neoliberalismus“, sagte Gabi Zimmer.

Zweifelloos ansehnlich lasse sich die Ministerin „als liebevolle Mutter präsentieren und erkläre ihre individuelle Lebensweise als private Auseinandersetzung mit den Folgen beherrschender und scheinbar auch gegebener Gesellschaftsentwicklung“. Sehr medienwirksam forderte Frau von der Leyen die gebildeten erwerbstätigen Frauen auf, „endlich mehr Humankapital, also Kinder, zu produzieren“. Was die Geburtenzahlen beträfen, so blieben grade sie weit hinter jenen Frauen zurück, die auf Grund ihrer sozialen Bedingungen und individuellen Voraussetzungen in der Regel schlechteres „Humankapital“ hervorbringen. Diese Frauen würden „oftmals bedauert und in offiziell beschimpft und nicht selten auch sogar zu Feindbildern“ gemacht.

Herrschende Denkweise

„Ich habe diesen Einstieg gewählt, um nicht etwa mit linker Arroganz Frau Dr. von der Leyen zu verhöhnen, vielleicht auch noch aus Neid, weil ich es bloß zu zwei Töchtern gebracht habe, sondern aus zwei Erwägungen heraus, die mir wichtig sind“, meinte Gabi Zimmer. Zum einen wolle sie eine herrschende Denkweise erklären, um so deutlich zu machen, dass die politische Auseinandersetzung auch in der Debatte um Kinderarmut nicht vorbeikomme. Und sie halte eine offensive politische Auseinandersetzung um das Menschenbild 'Kind' für dringend geboten. Selbst in dem Ausschuss, in welchem sie

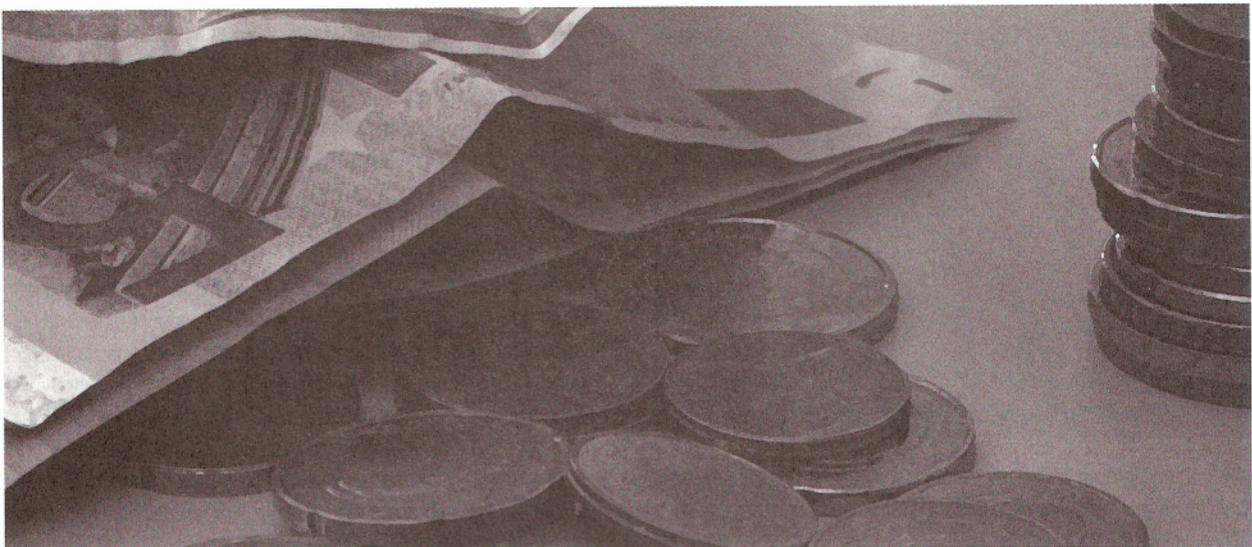
tätig sei, im sozialen Beschäftigungsausschuss des Europäischen Parlaments, stoße die Forderung, jedes Kind müsse das Recht auf eine glückliche Kindheit haben, auf mehrheitliches Unverständnis. Es habe sich die Denkweise „durchaus auch unter sozial eingestellten Menschen“ durchgesetzt, den Kampf gegen Kinderarmut vor allem als „Investition in die Zukunft“ zu betrachten. Nur wenige zucken zusammen, wenn Investitionen in Kinder gedankenlos als Investitionen für die Sicherung der Rentensysteme und der benötigten Arbeitskräfte für das Wirtschaftswachstum betrachtet werden.

Soziales Selbstbewusstsein

Wenn erklärt werde, dass Kinder und die gesellschaftliche Zukunft zusammengehören, dann gebe es allgemeine Zustimmung, sagte Zimmer. Denn eine glückliche und erfüllte Kindheit entscheide auch über soziales Selbstbewusstsein und Kompetenzen sowie über das spätere gesellschaftliche Engagement. Weniger Zustimmung gebe es dann schon, wenn davon gesprochen wird, dass sich im Umgang mit Kindern auch zeigt, was Menschen in der heutigen Gesellschaft noch wert sind, die nicht in der Produktion und Reproduktion von Kapital teilhaben. So gebe es sehr wohl einen Zusammenhang zwischen einer kinderfeindlichen und einer autofreundlichen Verkehrsgestaltung, so die Abgeordnete.

„Sie haben weniger von Oma und Opa“

Kinderfreundlicher Verkehr käme zum Beispiel auch Älteren und Menschen mit Behinderung zugute, sagte sie. Unter Rentenkürzungen und einer Erhöhung des Renteneintrittsalters würden jedoch letztlich



auch wieder die Kinder zu leiden haben: „Sie haben weniger von Oma und Opa und damit auch weniger soziale Wärme.“

Gabriele Zimmer erinnerte daran, dass zwar in den Diskussionen zum demographischen Wandel innerhalb der EU immer wieder darauf verwiesen werde, dass es um die Zukunft gehe. Aber man sei nicht bereit darüber nachzudenken, dass eine Gesellschaft, die sich heute „keine Kinder mehr leistet“, auseinander zu brechen droht.

Der Europäischen Kommission sei sehr wohl bewusst, dass Kinderarmut die Nichtanerkennung der Grundrechte von Kindern bedeutet. „Ich nenne Armut eine Menschenrechtsverletzung und diese geschieht noch häufiger als bei Erwachsenen“, sagte Gabriele Zimmer. Zwar gelte Kinderarmut offiziell in der EU als Hypothek für die Gesellschaften, weil Kinder, die in Armut aufwachsen, weniger Chancen besäßen, ihr volles Potential zu entfalten. Damit seien sie von vornherein den Risiken ausgesetzt, als Erwachsene dann von schlechter Gesundheit, Arbeitslosigkeit und Niedrigeinkommen betroffen zu sein.

Die Situation wirft Fragen auf

Nach Ansicht von Zimmer werfe die Situation und die Kenntnis der Folgen gleich mehrere Fragen auf: Warum konnte die nicht zu tolerierende Kinderarmut eine derartige Dimension erreichen, wie wir sie jetzt erleben? Und warum steht die Beseitigung der genannten Risiken nicht ganz oben auf der Prioritätenliste der Regierenden?

Kinderarmut ist ein globales Problem

„Ich betrachte Kinderarmut immer als ein Problem vor Ort, als ein Problem der ganzen Gesellschaft und auch als ein globales Problem“, sagte Gabriele Zimmer. „Und ich habe mich immer dafür eingesetzt, dass dieses Thema auch in der Außen- und Entwicklungspolitik der Europäischen Union nicht zu kurz kommt, sondern dass es richtiggehend benannt wird.“ Die offizielle Politik sehe Kinderarmut als sozialpolitische Angelegenheit und definiere drei Strategiegruppen gegen Kinderarmut aus: die Strategie zur Erhöhung der Finanzressourcen der Familien durch Vermittlung in Erwerbsarbeit und durch direkte Sozialtransfers; die Strategie zur Verringerung von Ausgaben aus dem Familienbudget, etwa durch subventionierte Kinderbetreuungsplätze, Wohnungen, erschwingliche Gesundheitsleistungen; die Strategien, die auf Prävention und das Wohlergehen von Kindern gerichtet sind, auf Gewährleistung integrativer Bildung, stärkende Handlungskompetenz der lokalen Netze usw. „Wenn aber die öffentlichen Hände unentwegt unter unzulänglicher oder sogar sich verschlechternder Finanzausstattung leiden“, so die Abgeordnete, „dann kommen genau diese Strategien eben nicht zur Wirkung“.

Ressorts betreiben Abgrenzung

Überall werde von der dringlichen Notwendigkeit geredet, Strategien gegen Kinderarmut und Ressourcen zu bündeln, aber die Bedingungen dafür, den Kampf gegen Kinderarmut zu führen, werden durch die herrschende Politik, die genau auf die Stärke von Konkurrenzfähigkeit als Ziel orientiert, selbst untergraben. Hinzu komme, dass gerade in Deutschland über Jahrzehnte die Ressorts eine Abgrenzung betrieben haben. Die führte dazu, dass auf Bundes- und Landesebene eine Kooperation nicht stattfindet und Kinderarmut nicht als

gesellschaftliches Problem betrachtet wird, das komplexe gesellschaftliche Lösungsansätze erfordert. „Die Weigerung von Vertretern der Bundesministerien zur Teilnahme an der Debatte - mit dem Verweis auf die Nichtzuständigkeit - habe genau diesen Grundansatz deutlich gemacht“, sagte Gabriele Zimmer.

Geld in soziale Strukturen

Kinderarmut werde heutzutage vorwiegend über das Familieneinkommen definiert. In Thüringen habe die CDU-Mehrheit ein Gesetz durchgebracht, wonach der Finanzierungsanteil des Landes für Kindertagesstätten drastisch zurückgefahren und statt dessen ein Teil der bisherigen Landesmittel an die Eltern direkt gezahlt wird. Damit werden nicht nur die bestehenden Einrichtungen in Frage gestellt, sondern das führe auch dazu, dass noch weniger Kinder aus armen Familien künftig in Kindertagesstätte gehen werden. „Ich neige eher dazu, weniger Geld an Eltern zu transferieren, als durch soziale Strukturen verstärkt Armut, wie eben auch Kinderarmut zu bekämpfen, und mehr Teilhabe vor allem im Freizeitbereich zu ermöglichen“, machte Frau Zimmer deutlich.

Es gehe insgesamt um „armutsfeste Existenzsicherung von Kindern“, um eine „bedarfsorientierte soziale Grundsicherung“, um die Anerkennung von Erziehungsleistung von Eltern, von Alleinerziehenden, sagte sie in ihrem Beitrag. Aber es gehe auch um eine Außen- und Entwicklungspolitik, die auf Frieden gerichtet ist und vor allem auf die konsequente Durchsetzung der Jahrhundertziele, die sich die UNO im Kampf gegen Armut, Krankheiten, gegen Hunger, die hohen Sterblichkeitsraten von Müttern und auch von Kindern gestellt hat. „Von einer solchen Politik würden wir alle gewinnen“, konstatierte die Europapolitikerin.

Reformen müssen den sozial Schwächsten nützen

Abschließend nahm Gabi Zimmer noch einmal Bezug auf die Familienministerin. Gesellschaftspolitische Reformen, auch die in der Familienpolitik, müssten sich immer daran messen lassen, inwieweit sie die Lebensbedingungen der Ausgegrenzten und sozial Schwäch-



Gabriele Zimmer: Es geht um eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung

sten, also der Kinder, verbesserten. Dies müsse im Mittelpunkt des Handelns stehen, und nicht eine Instrumentalisierung der Kinder für die Ziele anderer Generationen oder anderer politischer Intentionen.

Wo Kinder einfach Kinder sein dürfen

Im evangelischen Kinder- und Jugendprojekt „Die Arche“ in Berlin-Hellersdorf erhalten arme Kinder täglich nicht nur eine warme Mahlzeit, sondern sie finden vor allem auch Zuwendung und Geborgenheit

VON REGINA SEIFERT

Auf der großen Fensterfront im Foyer ist in den letzten Tagen ein Urwald gewachsen, mit lustigen, in den Baumkronen kletternden Affen und farbenfrohen, exotischen Vögeln, Dekoration für das große Dschungelfest. Zwei Praktikantinnen, Studentinnen der Sozialpädagogik, bemalen gerade noch die letzten freien Flächen. Drei vier-, fünfjährige Mädchen schauen ein Weile zu, greifen mal selbst zum Pinsel, mischen in den Farbtöpfen herum, um aber schon bald wieder laut lachend einander nachzujagen. Plötzlich bleiben sie stehen: „Mandy hat eingepullert“, ruft die eine Freundin. Mandy schüttelt erst vehement den Kopf. Dann schaut sie ängstlich zu Boden, als erwarte sie jeden Moment Schimpfe oder gar Schlimmeres. Eine der jungen Frauen nimmt sie in den Arm. „Das macht doch nichts“, beruhigt sie die Kleine, „das bringen wir gleich wieder in Ordnung. Und in der ‚Schatzkiste‘ finden wir bestimmt auch etwas Sauberes zum Anziehen für dich.“ Sie nimmt Mandy an die Hand, und schon sind beide verschwunden.

Alltag in der „Arche“ in Berlin-Hellersdorf. Geschimpft wird hier nicht, laut geht es aber trotzdem zu. Kein Wunder, bei über 300 Kindern und Jugendlichen von 0 bis 20 Jahren, die montags bis freitags ins Haus kommen. Eine Gemeinsamkeit verbindet sie: Sie sind arm. Am Monatsanfang sind es weniger, zum Monatsende mehr – je nachdem, wie lange zu Hause das Geld reicht. Für manche ist es die erste Mahlzeit am Tag, für einige auch die einzige. Manche kommen nur zum Essen. Für andere ist die „Arche“ das zweite Zuhause. Weil sie hier vor allem etwas finden, was in ihren Familien längst nicht mehr selbstverständlich ist: Liebe, Aufmerksamkeit, Geborgenheit, ein offenes Ohr, Zeit.

Auf dem Berliner Sozialindex steht Hellersdorf auf dem vorletzten Platz. Der Grund dafür ist der Kinderreichtum in den Familien. Drei, vier, fünf oder auch sechs Kinder sind hier keine Ausnahme. Ein Drittel der Hellersdorfer ist unter 18 Jahren, jede dritte Mutter allein erziehend, jeder Fünfte arbeitslos. Der normale Alltag geht hier so: Mut-

ter, ein paar Kinder, Katze und/oder Hund und vielleicht auch ein Freund. Den nennen die Kinder für einige Wochen Papa. Länger bleibt der Freund fast nie.

Es ist 12 Uhr. Die „Arche“ hat seit einer halben Stunde geöffnet. Im Haus ist es stiller als sonst. Es sind Ferien. Ein Teil der Kinder ist noch im „Arche“-Feriencamp. Die Tür zu den Büros steht weit offen. Ein Junge mit großen strahlenden Augen sitzt auf dem Schoß eines Mitarbeiters, hat dessen Handy in der Hand und hält es immer wieder an sein Ohr. „Hallo, hallo“, ruft er. „Hast du jetzt den Knopf gedrückt?“



Der Junge schmiegt sich an die Schulter des Erwachsenen. „Nein, hab' ich nicht“, seine Augen strahlen noch mehr. Und er fragt zum wiederholten Male, wann Ulla heute kommt. Ulla, die Sekretärin, die gestern frei hatte. Der Bursche treibe sich immer in den Büros herum, erklärt der Mitarbeiter lachend. Was wohl auch heißen soll, dass die Kinder zu jeder Zeit willkommen sind.

„Wir haben hier Kinder, die noch nie auf dem Schoß eines Erwachsenen gesessen haben, noch nie in den Arm genommen wurden“, sagt Kai Uwe Lindloff, der Geschäftsführer des Projektes. Armut hat viele Facetten. Für Lindloff ist sie nicht in erster Linie materieller Natur. Er sieht sie vor allem darin, „dass die Kinder nicht das bekommen, was sie für ein gesundes Heranwachsen brauchen.“ Die Mitarbeiter der „Arche“ versuchten dagegen anzukämpfen. Indem man auf Reisen für jedes Kind eine Zahnbürste und Zahnpasta mitnimmt, „weil

Nicht harmlos: Lichtenberger Terrorgruppe, kurz LTG

Die Jugendlichen, mit denen wir zu tun haben, fallen auf, beschrieb Jan Becker seine Beobachtungen im Rahmen der Arbeit des Berliner Vereins Gangway, der 1993 gegründet wurde. Es werde auch gesagt, diese Jugendlichen seien auffällig, hätten Kraft und wollten sie zeigen. Man sage auch, sie seien gewaltbereit und machten Probleme. Sie würden ausgegrenzt und grenzten sich selber aus. „Meist stimmt beides“, meinte Becker: Gangway sei deshalb mit gegenwärtig 47 Streetworkern in 15 Teams und in neun Berliner Stadtbezirken tätig.

In der Beschreibung prallten die Widersprüche des Alltags junger Menschen geradezu aufeinander, sagte der Streetworker. Es seien zugleich die Widersprüche, in denen sie tagtäglich vermitteln müssten. „Auf der einen Seite die Gesellschaft, auf der anderen Seite die Jugendlichen.“ Habe die Gesellschaft keinen Platz für sie, dann „eroberten“ sie sich ihren. Zum Beispiel auf der Straße: Manchmal würden Jugendliche dabei zur Gefahr für sich selbst und für andere. Doch seien sie deshalb Schuld? „Jugendliche haben Kraft und wohin sie ihre Kraft letztlich wenden, dafür sind auch Erwachsene mit verantwortlich“. Doch häufig sind die einzigen Erwachsenen, mit denen die verschiedenen Jugendgangs in Deutschlands Metropole Kontakt haben, Polizisten. Er nannte das Beispiel einer Jugendgruppe aus dem „Rosenfelder Ring“, die Lichtenberger Terrorgruppe, kurz LTG. Jeden zweiten Tag sei die Polizei vorbeigekommen und habe deren Papiere kontrolliert. Die Truppe sei auch tatsächlich nicht harmlos, schränkte Becker ein: Lärmbelästigung, Ruhestörung zu bester Schlafenszeit, Schlägereien und Körperverletzung, Widerstand gegen sie Staatsgewalt, Diebstahl, Sachbeschädigung, Brandstiftung ...

„Aber eigentlich hat Sven keine Lehrstelle und hängt aus lauter Langeweile rum“, berichtete er dann. „Aber eigentlich hat Mario keine Arbeit und findet offensichtlich nur Freunde bei Nazis. Aber eigentlich ist Steiner aus der Wohnung seines Vaters rausgeflogen, hat keinen Sozialhilfeantrag gestellt und trinkt in einer Woche mehr Alkohol, als manch anderer in einem Jahr. Nun terrorisierten sie den „Rosenfelder Ring“ und seine Anwohner.

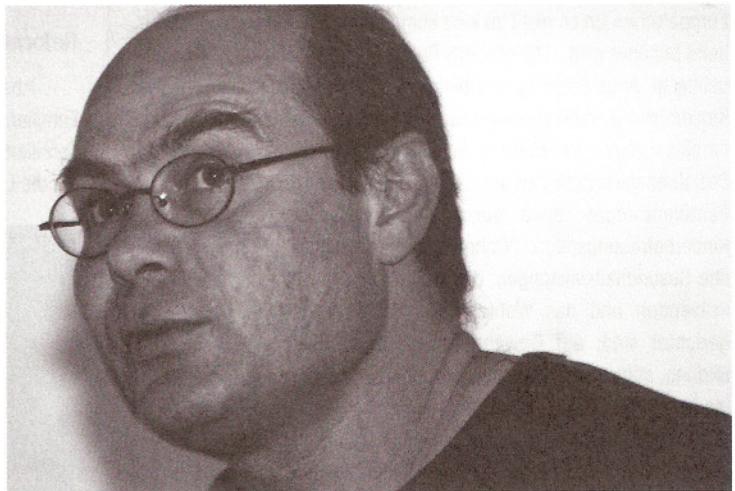
Neben Aggressivität und Gewaltbereitschaft, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus, Eigentumskriminalität und Sachbeschädigung registrieren wir zunehmend Verwahrlosung und Armut.“ Das seien die zentralen Aspekte, die nicht nur der Berliner Verein feststellt: 29,9 Prozent aller Kinder und Jugendlichen in Berlin leben unterhalb der Armutsgrenze – jedes dritte Kind. „Deshalb unsere These: Armut ist nicht nur eine Frage des Kontostandes, also materieller Ressourcen, sondern Ergebnis von umfassenden, sozialen, psychosozialen Ausgrenzungsprozessen, insbesondere Jugendlicher.“

Als häufigste Ebenen von Armut und Ausgrenzung, denen man im Alltag begegnet, nannte Becker neben Ernährung und Kleidung die Wohnbedingungen und mangelnde Solidarität in den Familien. „Ein ganz großer Punkt“ sei vor allem Bindungsarmut in den Familien, Gesundheit, Hygiene, sexualisiertes Verhalten, aber auch vor allem Bindungs- und Beziehungslosigkeit zum Kiez, also zum sozialen

Raum, in dem sich Jugendliche aufhalten.

Die Streetworker aus Reinickendorf merken, dass sich die Essensausgabe nach manchem Fußballspiel immer zu einem „schwierigen Verteilungskampf“ gestaltet: jeder habe das Gefühl, zu kurz zu kommen. Vor kurzem sollte es mal was besonderes sein, deshalb habe es Hamburger gegeben. Ein Jugendlicher meinte: „Hättet ihr einfach Brot und Aufschnitt gekauft, dann wären wir wenigstens satt geworden.“

Die Streetworker aus Pankow hatten mit einer Kleiderkammer verhandelt und über 1.000 Kleidungsstücke an Jugendliche verteilt. In Karow sehe es verheerend aus: Es fehle an Kleidung, andere weisen auf massive körperliche Vernachlässigungen hin: Körpergeruch, kaputte Zähne und Fingernägel, schmale, blasse Lippen, Alkoholikerkinder. Ein Kollege aus Friedrichsheim habe berichtet, dass er



nicht aus sportpädagogischen, sondern aus hygienischen Aspekten ein Besuch im Schwimmbad vorgeschlagen habe. Die Leute vom Prenzlauer Berg berichteten über sehr skurrile, aber nicht weniger dramatische Szenen: Jugendliche im Alter zwischen 14 bis 16 Jahren, die unter Drogeneinfluss und in einer Wohnung eines 24-Jährigen gegenseitig sexuelle Handlungen untereinander vornahmen. Zunächst war der Verdacht, dass es sich um sexuellen Missbrauch mit pädophilen Tendenzen handelt. Die Antwort eines 15-Jährigen: „Mädchen und Frauen sind zu teuer: Einladungen, Diskotheken, Geschenke.“

Ein Kollege aus Lichtenberg habe berichtet, dass ein 15-Jähriger sein Taschengeld aufbessern wollte, weil der allein stehende Vater Hartz-IV-Empfänger sei und seinem Sohn fast kein Taschengeld geben konnte. Er habe deshalb Zeitungen ausgetragen und der geringe



Monatslohn sei über das Konto des Vaters eingegangen. Das Jobcenter habe dem Vater das Arbeitslosengeld mit dem Hinweis auf „seinen“ Zuverdienst gestrichen.

Jenny, eine 18-jährige junge Frau aus Lichtenberg, lebte seit zwei Jahren nicht mehr bei der allein erziehenden Mutter und ihren vier Geschwistern. Sie sei dort ausgezogen, als die Mutter ihr den 16-jährigen Freund ausgespannt hatte. Das jüngste von Jennys Geschwistern war dann vom ihm. Der Ex-Freund sei in der Wohnung als Vater aufgetreten und den Zustand habe das Mädchen nicht ertragen können. Seither lebe sie abwechselnd bei älteren Männern, die sie an einem Imbiss, einem Treffpunkt von trinkenden Jugendlichen und Erwachsenen kennen lernt. Gegen Sex kann sie bei diesen Männern kostenlos wohnen, hat Zugang zu Telefon, Kühlschrank, bekommt ab und an mal etwas Schickes zum Anziehen.

Jenny war nicht krankenversichert, weil die Eltern es versäumt hatten, den Antrag auf Familienversicherung zu unterschreiben. Sie ging also nie zum Arzt, seit der Einführung der Praxisgebühr erst recht nicht mehr. Ein Termin beim Frauenarzt konnte sie schließlich erst wahrnehmen, als sie sich die Quartalsgebühren geliehen hatte. Dabei wurde die Schwangerschaft festgestellt.

Mit Hilfe der Streetworker habe sie die Hilfe vom Sozialamt beantragt, berichtete Becker. Da Jenny allerdings nicht in der Lage gewesen sei, auch nur geringe Anforderungen zu erfüllen, wurde die Unterstützungsleistung immer weiter gekürzt. Bei ihren ständig wechselnden Bekanntschaften, damit auch Wohnorten, verbummelte sie „mal eben auch schnell Unterlagen und Kontoauszüge“. Diese wieder zu beschaffen, sei kostspielig. Jenny habe nur ein Abgangszeugnis aus der 9. Klasse, die Schulden häufen sich aus Handy-Verträgen, Schwarzfahrten und sonstigen Geldstrafen. „Jenny ist kein Einzelfall“, sagte Becker.

Zurück zur Lichtenberger Terrorgruppe. Es sei kompliziert gewesen, „mit diesem sympathischen, aber auch durchgeknallten Haufen ein Projekt zu organisieren“, berichtete der Streetworker. Aber es habe geklappt. Wichtig sei es, die jungen Menschen ernst zu nehmen, ihnen Perspektiven aufzuzeigen und ihnen Zuwendung und Vertrauen zu vermitteln. Die Straftaten der Gruppe seien tatsächlich zurückgegangen, was sogar die Polizei vermerkte. Sven habe ein sechswöchiges Praktikum bei einer Firma angefangen, in der er auch eine Lehre beginnen möchte. „Marko trifft zwar immer noch seine rechten Freunde und klagt wie ein Rabe, aber mit unserer Unterstützung hat er eine Zeitarbeit gefunden.“ Steiner werde in den nächsten sechs Wochen

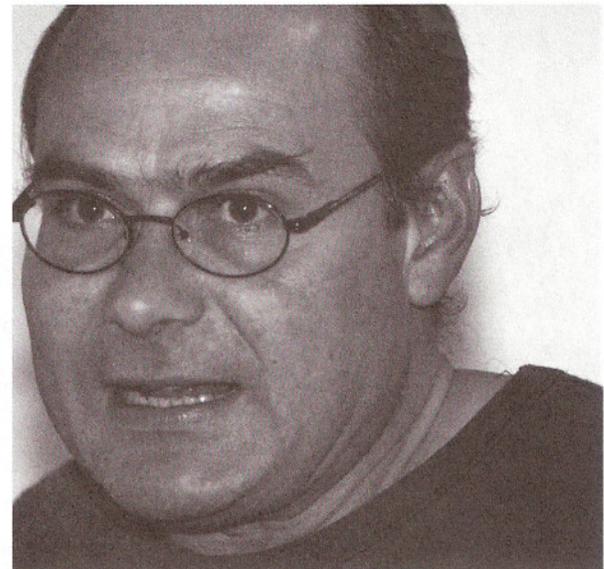
eine Wohnung in einem Sozialwerk, im Rahmen des betreuten Wohnens, bekommen, habe einen Sozialhilfefantrag gestellt und will nun endlich seine Theorieprüfung für die Fahrerlaubnis schaffen.

Es gebe vielfältige Formen von Ausgrenzung auf allen gesellschaftlichen Ebenen, so auch auf den verschiedenen Ebenen der Jugendhilfe, sagte Jan Becker. Subtile Formen von Ausgrenzung sind Einschränkung und Eingrenzung. „In einigen Freizeiteinrichtungen registrieren wir, dass Jugendarbeit auf Arbeit mit Kindern reduziert wird. Auch in diesem Fall würden letztlich Jugendliche ausgegrenzt. Eine subtile Form der Ausgrenzung kann man erreichen über Angebote oder über Öffnungszeiten“, meinte er abschließend. Etwa wenn zu den attraktiven Zeiten die Freizeiteinrichtungen in Berlin geschlossen werden.

Oder ein Beispiel aus Marzahn: Jugendliche, die lange Zeit Besucher einer JFE waren, erhielten Hausverbot, weil sie gestört hatten, nunmehr unbequem waren und/oder rechtsextreme Orientierung äußerten: Anstatt Auseinandersetzung passiert Ausgrenzung. Eine Vielzahl der Programme gegen Rechtsextremismus grenzt gezielt Jugendliche aus, gerade die, die selbst vielfach Ausgrenzungserfahrungen gemacht haben (Civitas, Entimon etc.) Eine Mehrzahl der Sonderprogramme setzt zunehmend auf die Bekämpfung von Erscheinungen (Rechtsextremismus, Drogen, Gewalt etc.) und setzt nicht an deren Ursachen an. Die Eingrenzung auf Erscheinungen und Symptome ist das sozialwissenschaftliche und soziologische Pendant zur gesellschaftlichen Ausgrenzung.

Materielle Einschränkungen grenzen aus. Insbesondere in Berlin sind die Erziehungshilfen für junge Menschen drastisch gekürzt worden; so z.B. in Lichtenberg von 2004 auf 2005 um ca. 9 Mio. Euro. Das sind etwa ein Viertel der Ausgaben. Das hat Sozialarbeiter des Forums Freier Träger in Lichtenberg veranlasst, in einem Schwarzbuch „Der Erziehungshilfen“ auf diese unhaltbaren Zustände aufmerksam zu machen.

Kürzungen sind sicher ein Problem – das noch weitaus größere Problem allerdings sei das Menschenbild, mit dem eine Sanktion nach der anderen durch das Dorf getrieben werde, sagte Jan Becker.



Jan Becker: Materielle Einschränkungen grenzen Jugendliche aus

Soziale Trennung bereits in der Schule

Ich gehöre dem „Verein der Befürworter der Kinderrechte“ an und komme aus Prag. Die Stadt ist in Tschechien am wenigsten betroffen von Kinderarmut, vielleicht sogar im Vergleich zu anderen neuen EU-Mitgliedsländern. Bei uns liegt der Durchschnitt bei rund 125 Prozent des Durchschnittseinkommens der EU. Aber was ist der Durchschnitt? Das wissen wir alle: Ich habe ein Huhn gegessen, du hast nichts zu essen gehabt; so hatten wir jeder eine Hälfte.

VON MIROSLAV PROKES

Ich gehöre dem „Verein der Befürworter der Kinderrechte“ an und komme aus Prag. Die Stadt ist in Tschechien am wenigsten betroffen von Kinderarmut, vielleicht sogar im Vergleich zu anderen neuen EU-Mitgliedsländern. Bei uns liegt der Durchschnitt bei rund 125 Prozent des Durchschnittseinkommens der EU. Aber was ist der Durchschnitt? Das wissen wir alle: Ich habe ein Huhn gegessen, du hast nichts zu essen gehabt; so hatten wir jeder eine Hälfte.

Wenig Arbeitslosigkeit: Die Tourismusbranche boomt

Die Arbeitslosigkeit in Prag beträgt gerade 2,9 Prozent, was vor allem auf die boomende Tourismusindustrie zurückzuführen ist. Aber es gibt auch Regionen in Tschechien, wo die Arbeitslosigkeit um 20 Prozent liegt, beispielsweise an der Grenze zu Polen oder der mit Sachsen. Es sind die Regionen, wo die Deutschen mit dem Kriegsende vertrieben wurden. Dann wurden vor allem die Roma aus der Slowakei in die entvölkerten Gebiete geholt, dort finanziert und gefördert. Notwendig wären qualifizierte Arbeitskräfte. So beträgt die Arbeitslosigkeit unter der Roma-Bevölkerung zwischen 70 und 90 Prozent.

Im Durchschnitt verdienen die Tschechen rund 750 Euro

Rund 66 Prozent der Einwohner in Tschechien leben unter dem Durchschnittseinkommen. Die Schere zwischen den sozialen Schichten hat sich sehr vergrößert. Das Durchschnittseinkommen liegt so bei uns etwa bei 750 Euro im Monat, allerdings ist es nicht so wenig, wie

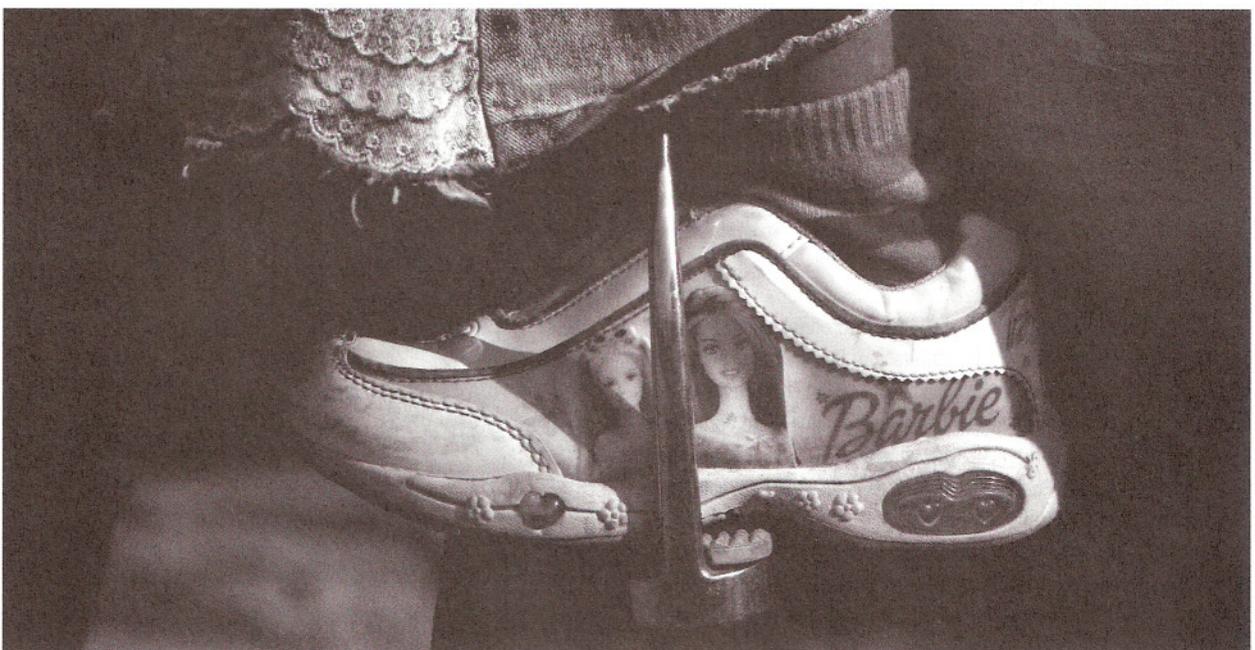
es auf den ersten Blick erscheint. Die Kaufkraft ist in Tschechien etwa doppelt so groß wie in Deutschland, was manche Dienste billiger werden lässt. Oder nehmen sie die Renten. Die Kaufkraft der Rentner ist im vergangenen Jahr erst wieder auf das Niveau der Vorwendezeit angekommen. Trotzdem zählen sie nicht etwa zu den am meisten gefährdeten Gruppen der Gesellschaft, sondern dies sind die Familien mit Kleinkindern.

Auch hier nimmt sich im Vergleich mit den übrigen Staaten der EU Tschechien recht positiv aus. Nur acht Prozent der Kinder gelten in Tschechien als armutsgefährdet. Natürlich gibt es Regionen, wo diese Zahlen deutlich höher liegen.

Die soziale Trennung ist am meisten in der Schule zu beobachten. Im Vergleich zu der Zeit im Sozialismus, wo alle Kinder ganz normal an Schulausflügen und Winterskikursen teilnehmen konnten, ist dies heute nicht mehr so. Nur ein Drittel der Schüler kann bei solchen Ausflügen mitmachen. Die Eltern haben nicht genug Geld und die staatliche Verwaltung zahlt keine Aufenthalte in Schullandheimen. Die Gruppe der Roma-Kinder ist auch hier am meisten betroffen. Sie gehen sehr oft in Sonderschulen, die eigentlich gedacht sind für Kinder mit mentalen Beschwerden.

Kleidung zeigt Unterschiede auf: Gefälschte Markensachen

Die Unterschiede zwischen Kindern und Jugendlichen sind vor allem bei der unterschiedlichen Bekleidung sichtbar. Um mithalten zu können, kaufen die Eltern letztlich gefälschte Markensachen, was aber aufgrund der EU-Regelungen bald nicht mehr möglich sein wird.



Romanowski trifft ...

ROMANOWSKI: Herr Lindloff, wenn Sie einem neun- bis zwölfjährigen Kind erklären sollten was sie da machen, wie würden Sie das tun?

KAI UWE LINDLOFF: Sie meinen in unserer Arbeit? Ich würde ihn einfach nur in den Arm nehmen. Das würden wir auf jeden Fall bei unserer Arbeit tun. Wir sind für die Kinder da. Wir haben das Kind in den Mittelpunkt unserer Arbeit gestellt und wir sind für das Kind da. Das heißt, wir haben erkannt, dass das Kind Bedürfnisse hat. Und diese Bedürfnisse versuchen wir zu befriedigen und zwar im positiven Sinn verstanden.

Das hat sehr viel mit den Themen zu tun, die heute hier angesprochen wurden. Zum Beispiel Begabtenförderung oder überhaupt dem Kind ein Selbstwertgefühl zu vermitteln, indem man ihm zeigt, dass es etwas kann. Weil es das vielleicht in der Familie nicht gelernt hat oder auch nie gezeigt bekommen hat. Schulische Nachhilfe ist ja nicht selbstverständlich und ich komme dann auch gleich wieder auf das Thema Geld zu sprechen.

Kinder kosten viel Geld und wir müssen uns nichts vormachen. Jedes einzelne Kind, das in Einkommensarmut lebt, ist ein Kind zu viel. Dann müssen wir tief in die Tasche greifen. Es muss uns bewusst werden, weil wir nicht so tun können, als wenn wir etwas im System verändern wollten und dann gleichzeitig dafür die Mittel nicht zur Verfügung stellen.

Wir, in der Arbeit der Arche, versuchen dass durch Mittel hinzubekommen, die wir durch Spenden bekommen. Unsere Arbeit finanziert sich zu über 98 Prozent durch Spendengelder, durch Menschen, die bereit sind, hier auch in die Kinder zu investieren. Und wir setzen es um.

ROMANOWSKI: Wer ist das, wer gibt Ihnen Geld?

LINDLOFF : Bürgerinnen und Bürger der Stadt Berlin, aber auch aus dem ganzen Bundesgebiet. Es sind weniger die Unternehmen. Es gibt in Deutschland noch keine Unternehmenskultur, die das für sich in Anspruch genommen hat, wengleich es Tendenzen gibt, das zu verändern. Großunternehmen unterstützen bestimmte Projekte, nicht um sie politisch in eine Richtung zu bringen, sondern um die Arbeit auf die Beine zu stellen und den Kindern zu helfen. Es sind Bürgerinnen und Bürger und ich sage immer, wir machen diese Arbeit gemeinsam. Aber es ist eben mehr als nur Material, es ist auch Emotion.

Es gibt verschiedene Armutsformen in Deutschland und es gibt eine große Verwahrlosung. Es gibt auch eine emotionale Armut von Kindern, die immer stärker wird. Die hat übrigens mit dem Familienbild zu tun, so wie es sich heute darstellt. Dass nämlich kein Vater und keine Mutter da ist, die den Kleinen oder die Kleine in den Arm nimmt, oder mit ihnen Zeit verbringt, mit ihnen Bücher liest, kuschelt. Das ist eine ganz komplexe Sache.

ROMANOWSKI: Bei uns in Berlin will ich das glauben. Aber wenn ich nach Hamburg komme, dann sind die Schaufenster immer noch ein bisschen schicker.

LINDLOFF : Das ist sicher richtig. Unsere Arbeit in Hamburg ist dadurch entstanden, weil der Pastor einer Gemeinde auf uns zugekommen ist, als vor zwei Jahren Jessica verhungerte. Dadurch ist im Grunde genommen etwas in Bewegung geraten in diesem Stadtteil. Es wurde aufgezeigt, dass es eine desolate Situation für Kinder gab und noch immer gibt.

Deswegen sind wir heute dort, um zu helfen und zu unterstützen. Wir haben eine Einrichtung aufgebaut. In München gibt es genau die gleichen Tendenzen in verschiedenen Stadtteilen. Wir sind dort in dem Stadtteil Mosach, im Westen von München, in dem es große Probleme mit Kindern und Jugendlichen gibt.

Wir haben heute etwas über Jugendliche gehört. Die Kinder, die heute elf, zwölf Jahre sind, werden im nächsten Jahr ja schon die Jugendlichen sein. Wir erleben das in Berlin Mitte, wo wir auch eine Einrichtung haben. Anfang des Jahres ging es los, jetzt haben wir schon 13- und 14jährige Jungs und Mädchen. Wir hatten im Prinzip nur eine Einrichtung für Kinder aufgebaut und müssen jetzt sehen, was wir mit unseren Jugendlichen machen. Das ist im Prinzip ein mitwachsendes Problem. Die Situation ist nicht mehr auf Berlin zu begrenzen.

Jetzt ist eigentlich der Zeitpunkt, wo Politik, privates und gesellschaftliches Engagement zusammenkommen müssen.

Der letzte Deutsche

EIN KOMMENTAR VON RUTH BERSCHENS
HANDELSBLATT (21. JANUAR 2006)

Mehr als 40 Prozent der Akademikerinnen bleiben kinderlos – mit steigender Tendenz. Vor allem deshalb bedroht die demographische Entwicklung unseren Wohlstand. Das bedeutet auch: Immer größere Teile des Bildungsbürgertums geben ihr Wissen nicht mehr an die nächste Generation weiter. Im globalisierten Wettbewerb entscheidet in erster Linie die Innovationskraft einer Gesellschaft über den wirtschaftlichen Erfolg. Wie soll Deutschland hier mithalten, wenn sich die Bildungseliten nicht mehr fortpflanzen?

Eine zukunftsweisende Familienpolitik muss sich vor allem mit dieser Frage befassen – und sich dabei als Bevölkerungs- und Wachstumspolitik zugleich verstehen. Deshalb gehört es nicht zu den vorrangigen Aufgaben der Familienministerin, sozial gerecht zu sein oder das traditionelle Familienbild der CDU/CSU zu pflegen, sondern knappe Mittel gezielt einzusetzen.

Geld allein wird freilich nicht ausreichen, um die Geburtenlücke im deutschen Bürgertum zu schließen. Auch gesellschaftliche Werte müssen sich verändern. Dass Kinderreichtum hier zu Lande als Armutsmerkmal gilt, ist alles andere als normal. Ein Blick über die Grenzen beweist, dass es auch anders geht. In den mit einer hohen Geburtenrate gesegneten Niederlanden sind Kinder mit Sozialprestige verknüpft. Viele Kinder signalisieren Wohlstand: Man zeigt, dass man sich die Sprösslinge leisten kann.

Schlechtes Humankapital? Wirklich keine gute Idee

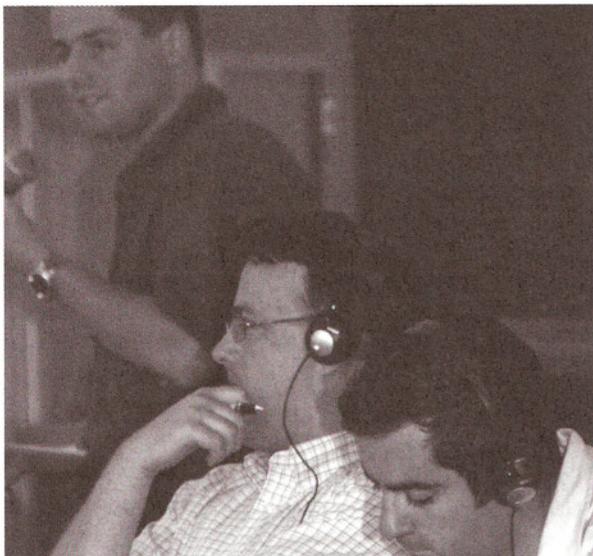
Koen Vleminckx ist derzeit als Forscher im belgischen Ministerium für soziale Angelegenheiten tätig. Davor, so erzählte er, habe er als Herausgeber zu einem Buch gearbeitet, das als Grundlage für den UNICEF-Bericht zum Thema Kinderarmut gedient habe. Aus seiner Sicht gebe es mehrere Gründe dafür, sich mit der Analyse zu den Gründen mit dem Thema zu befassen. Es gebe „einen zunehmenden Focus auf die Kinderrechte“, außerdem gebe es die UN-Konvention zu den Kinderrechten und die Stimme der Kinder, sagte er.

Vleminckx nahm den Vorwurf der Europaabgeordneten Gabriele Zimmer auf, die die Begrifflichkeit der „sozialen Investition in Kinder“ in ihrem Vortrag heftig kritisiert hatte. „Das habe ich auch schon zuvor gehört und ich muss mich schuldig bekennen“, antwortete er, „denn wir hatten vor einigen Jahren den Begriff gemünzt. Wir dachten aber nicht an neoliberale Gedankengänge, sondern im weiteren Sinne des Wortes an die Investition in die Zukunft.“ Es sei nicht um Arbeiter, um „ökonomisch nutzbare Leute und Menschen“ gegangen, sondern - unter Einschluss aller Facetten - um die aktive Teilhabe an der Gesellschaft, beispielsweise als Künstler oder Fußballspieler. „Ich muss aber zugeben, dass es doch in die falsche Richtung losgegangen ist“, sagte Vleminckx. Dass man es plötzlich mit Begriffen, wie schlechtem Humankapital, zu tun hatte, bezeichnete er als „wirklich keine gute Idee“.

Untersuchungen als Indikator

Er sei vor allem daran interessiert, die Untersuchungen zum Thema „auch als Indikator zu sehen“, um beurteilen zu können, „was im Sozialstaat vorgeht“. Kinderarmut sei so komplex, es gebe so viele Faktoren, die hier eine Rolle spielten, denn jedes Kind lebe schließlich auch in einer Familie.

Wenn man sich mit den Rechten von Kindern befassen wolle, dann beschäftige man sich mit Einschluss, Ausschluss, mit Rechten und der Stimme von Kindern. Und wenn man sich mit deren Zukunft befassen wolle, dann müsse man sich auch mit Gesundheits- und Sozialpolitik beschäftigen. Sollen Bereiche zur arbeitenden Bevölkerung analysiert werden, dann komme man auch an einer Beurteilung der Situation von Eltern und von Familien nicht vorbei.



Koen Vleminckx: Je weniger Sozialausgaben desto größer das Problem

Auf Einkommen der Familien mit Kindern konzentriert

Der Ansatz zur längerfristigen Beobachtung der Problematik durch UNICEF beruhte auf der Idee, die Länder aufgrund ihrer Ergebnisse beim Thema Kinderarmut eingruppiert und beurteilt zu können. Bei den Untersuchungen wurde sich auf die Einkommenssituation der Familien mit Kindern konzentriert, berichtete der Wissenschaftler. Mit den Ergebnissen wolle man die Länder anreizen, etwas gegen Kinderarmut zu tun. Gestartet wurde das Projekt zu einem Zeitpunkt, als in Großbritannien Maßnahmen zur Reduzierung von Kinderarmut festgelegt wurden. Das Problem soll dort bis zum Jahre 2020 ausgeremert worden sein. Ähnliche Ansätze gebe es in Kanada und in Australien, erklärte er.

Die Analyse zur Kinderarmut habe große Unterschiede zwischen den Ländern erbracht, berichtete der belgische Wissenschaftler. Oben auf der Skala rangiere die USA mit 24 Prozent Kinderarmutsrate, die günstigsten Werte konnten für die nordischen Staaten Finnland, Norwegen und Schweden unter den insgesamt 20 ausgewählten Ländern festgestellt werden. Dort liege die Rate unter fünf Prozent.

EU-Länder im „Mittelfeld“

Allerdings gebe die Untersuchung auch darüber Auskunft, dass in Finnland, Schweden und in den Niederlanden ein Anstieg der Rate im Zeitraum von 1995 bis 2000 zu verzeichnen ist. Die EU-Länder, wie Belgien, Deutschland und Frankreich, lägen mit einer Kinderarmutsrate zwischen sechs und zehn Prozent im „Mittelfeld“, sagte Vleminckx.

In Großbritannien liegt mit 20 Prozent der Anteil der Kinder, die bei einem allein erziehenden Elternteil leben, sehr hoch, erläuterte der Experte. Diese Tatsache könnte ein Grund dafür sein, warum die Armutsrate von Kindern in dem Land so hoch liege. Auch in den skandinavischen Ländern sei ein ähnlich hoher Anteil von Kindern nachzuweisen, die in Haushalten mit allein erziehenden Eltern leben. Aller-

dings sei dort die Armutsrate nicht so hoch. Der Anteil der Kinder, die in einem Haushalt leben, der von Arbeitslosigkeit betroffen ist, sei in Großbritannien mit 20 Prozent gleichfalls sehr hoch. In den nordischen Staaten zeige sich erneut ein völlig anderes Bild: In Norwegen und Finnland liege die Rate nur bei elf Prozent.

Mindestlohn wäre sinnvoll

Es sei durchaus ein Zusammenhang zwischen Kinderarmut und der Anzahl von Kindern in Familien mit niedrigem Einkommen nachweisbar, sagte Vlemickx. Außerdem sei deutlich geworden, dass jene Länder in der Untersuchung relativ gut abschneiden konnten, deren Anteil an Sozialausgaben vom Brutto sozialprodukt höher ausfällt. Dies seien „in der Tat die skandinavischen Länder“, erläuterte der Wissenschaftler. Die Länder, die schlechtere Ergebnisse vorweisen, geben umgekehrt „viel weniger an sozialen Mitteln aus“. „Um das Problem Kinderarmut erfolgreich angehen zu können, sollten wir uns mit den ‚niedrigen Einkommen‘ sehr viel intensiver befassen“, schlug er vor. Maßnahmen wie die Einführung von Mindestlöhnen, Förderung von Familienhilfe und weitere Möglichkeiten zum Steuerabzug wären durchaus sinnvoll.

Interessante Zahlen legte Koen Vleminckx zu den unterschiedlichen Kinderarmutsraten in Deutschland vor, welche – seiner Auffassung nach – die „Komplexität des Problems“ aufzeigten. In den neun-

ziger Jahren sei ein starker Anteil der Rate bei Nichtdeutschen sichtbar. Sie verfügten über eine deutlich schlechtere Position auf dem Arbeitsmarkt, seien viel häufiger beschäftigungslos und ihr Ausbildungsstand sei im Allgemeinen nicht ausreichend, was ihre Jobsuche zunehmend erschwere.

Faktor „Arbeitsstelle der Mutter“

Der belgische Wissenschaftler bezeichnete den Faktor „Arbeitsstelle der Mutter“ als ein wesentliches Element bei der Berücksichtigung der Risiken von Kinderarmut. So gebe es beispielsweise in Belgien, den Niederlanden und in Deutschland eine starke Tradition dahingehend, dass der Vater arbeiten geht. In einigen Ländern beginne man sich anzupassen und fördere zielgerichtet „die Arbeitstätigkeit der Mütter“, entwickle Möglichkeiten zur Unterbringung der Kinder usw. Durch Jobmöglichkeiten für Mütter, so die These von Vleminckx, könnte das soziale Risiko erheblich gesenkt werden. Er bezeichnete es deshalb als wichtigen Punkt, sich auf diese Idee zu fokussieren. Es sei sicher kein Zufall, dass in den Ländern, wo „eine starke Politik zur Förderung von Chancengleichheit von Frauen“ und derartige Programme entwickelt und durchgesetzt werden, eine Reduzierung der Kinderarmutsrate zu verzeichnen sei. Und dies sei derzeit eben vor allem in den skandinavischen Ländern der Fall.



Für eine solidarische Bürgerversicherung

Es habe „noch nie vergleichbar viele Haushalte ohne materielle Sorgen“ gegeben und „noch nie so viele Kinder mit einem großen Vermögen in der Bundesrepublik wie heute“, sagte Michael Klundt von der Universität Köln in seinem Vortrag bei der Berliner Konferenz zum Thema „Kinderarmut in Europa“.

Die ungleiche Verteilung der Vermögen werde künftig durch den Generationenzusammenhang sogar noch weiter verschärft, da mit der Zunahme der Erbschaften sich auch die sozialen Gegensätze vergrößern: Personen aus höheren Bildungsschichten, die in der Regel schon selbst höhere soziale Positionen erreicht haben, erben höher als Personen mit niedrigerem Bildungsstand. Gleichzeitig leben – nicht nur – in Deutschland viele Kinder und Jugendliche in Einkommensarmut. „Da sie mittlerweile diejenige Altersgruppe bilden, welche am häufigsten und stärksten davon betroffen ist, sprechen Sozialwissenschaftler seit einigen Jahren von einer ‚Infantilisierung der Armut‘“.

Alleinerziehende häufiger von Armut betroffen

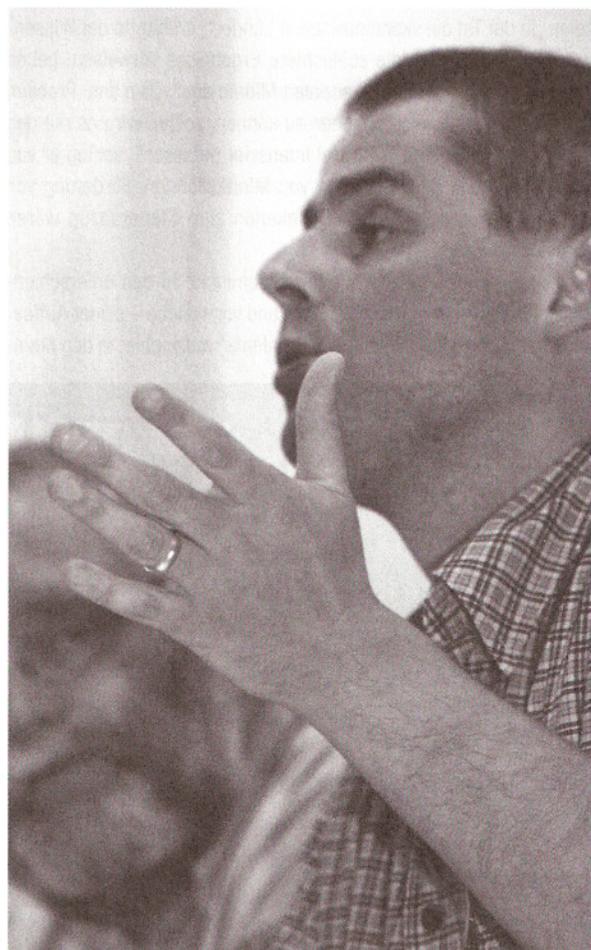
In einer internationalen Studie zur Kinderarmut in 23 hoch entwickelten Industriestaaten der OECD für das Jahr 2000 habe UNICEF festgestellt, dass etwa 47 Millionen Kinder in den reichen Nationen der Erde als arm einzustufen sind. Die Studie sei zu dem Ergebnis gekommen, dass Kinder mit allein erziehenden Eltern häufiger von Armut betroffen sind als Kinder aus „vollständigen“ Familien. Dabei war ihr Armutsrisiko in Tschechien, Deutschland und Luxemburg achtmal, in Norwegen und Kanada sechsmal und in Australien, Belgien, Dänemark, Frankreich und Schweden viermal so hoch, obwohl z.B. in Schweden prozentual die meisten Kinder mit nur einem Elternteil zusammenlebten (21,3 Prozent).

Kinderarmutsquote in den USA über 22,4 Prozent

Entgegen der nahe liegenden Vermutung, dass die Kinderarmut auf der elterlichen bzw. väterlichen Langzeit-Arbeitslosigkeit beruht, sind deren Auswirkungen in Bezug auf die kindlichen Lebenslagen sehr unterschiedlich, sagte Klundt. „So betrug die Kinderarmutsquote in den USA bei - offiziell registrierten - fünf Prozent Arbeitslosigkeit 22,4 Prozent, während in Finnland trotz einer sehr viel höheren Arbeitslosenquote (16 Prozent) nur 6,9 Prozent der Kinder als arm bezeichnet wurden.“ Auch stehe Kinderarmut im Zusammenhang mit einem Niedriglohnsektor, der etwa in den Vereinigten Staaten sehr breit sei. Arbeitslosenquoten und Alleinerziehendenstatus müssten folglich im Kontext der Verteilungsrelationen und sozialpolitischen Gegenmaßnahmen betrachtet werden.

Dänemark – die Ausnahme

Der Europäische Sozialreport von 2001 sei zu dem Ergebnis gelangt, dass durchschnittlich 21 Prozent aller Kinder in den EU-Mitgliedsstaaten arm sind. Außer in Dänemark lagen dabei die Armutsquoten unter Kindern höher als in den mittleren Altersgruppen. Auch die UNICEF-Studie „Child Poverty in Rich Countries 2005“ habe aufgezeigt, dass der Anteil armer Kinder in den meisten reichen Nationen in den letzten Jahrzehnten gewachsen ist, sagte Michael



Michael Klundt: Kinderarmut lässt sich durch Sozialpolitik vermeiden

Klundt. Anhand der Armutsquote von 50 Prozent des nationalen Median-Einkommens gelangt die Studie zu dem Ergebnis, dass in den 30 OECD-Staaten mehr als 45 Millionen Kinder in einer Familie aufwachsen, welche mit weniger als 50 Prozent des Durchschnittseinkommens auskommen muss. Die Studie zeige einen klaren Zusammenhang zwischen der Höhe und der Art staatlicher Aufwendungen einerseits und den Kinderarmutswerten andererseits.

Erfolg versprechende Alternative

Die für den deutschen Teil der UNICEF-Studie 2005 zuständigen Wissenschaftler Michael Fertig und Marcus Tamm hätten ebenfalls darauf hingewiesen, dass zwar höhere Staatsausgaben für Familien im Durchschnitt mit niedrigeren Kinderarmutsquoten einhergehen, doch entscheidet nicht die Höhe allein, sondern vor allem die Art der

Transfers und Unterstützungen über deren Erfolg. Außerdem seien sie zu dem Resultat gekommen, dass die in Deutschland häufig zu hörende Parole, Kinder seien ein Armutsrisiko, zu pauschal ist. Sie fordern vor allem Transfers an Bedürftige und eine stärkere Konzentration auf Alleinerziehende „als Erfolg versprechende Alternative“, wobei „direkte finanzielle Transfers durch anderweitige Unterstützungsleistungen zu ergänzen“ seien.

Kinderarmut lässt sich „unmittelbar durch Sozial-, Familien- und Kinderpolitik“ vermeiden oder verringern, sagte der Wissenschaftler auf der Berliner Konferenz. Er verwies auf eine Studie von Andreas Klocke, in der die höchsten Armutsrisiken im europäischen Vergleich für Kinder von Alleinerziehenden in der Bundesrepublik nachgewiesen werden. Es handle sich bei diesem Phänomen um ein gesellschaftliches Problem, von dem auch andere, wenn nicht alle Altersgruppen betroffen seien. „Künftig dürfte sich die Struktur der Armutspopulation aufgrund der Zunahme diskontinuierlicher Erwerbsverläufe, zahlreicher Kürzungen im Sozialbereich wieder mehr in Richtung der Seniorinnen verschieben“, sagte er.

Mehr Konkurrenz und Kommerz

Kluntz wies darauf hin, dass Maßnahmen der Privatisierung öffentlicher Unternehmen, sozialer Dienstleistungen und allgemeiner Lebensrisiken, zur Deregulierung gesetzlicher Schutzbestimmungen sowie zur Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse und -zeiten, wie sie der Neoliberalismus für erforderlich hält, Schritte auf dem Weg in eine Gesellschaft seien, die noch mehr Konkurrenz und Kommerz prägten. „Privatisierung führt in einen Teufelskreis der Entsolidarisierung“, argumentierte er. Praktisch finde eine „Reindividualisierung“ sozialer Risiken statt, worunter Personen mit hohem Gefährdungspotenzial und relativ niedrigem Einkommen, darunter viele Kinder, zu leiden hätten.

Privatisierungstendenzen stärken sowohl die gesellschaftliche Bedeutung wie auch den Einfluss des Kapitals. Wer beispielsweise das Bildungssystem in „gegeneinander konkurrierende Unternehmen“ aufspalte, die mit eigenen Budgets arbeiten und im Interesse der „Wirtschaftlichkeit“ Gebühren von Studentinnen, vielleicht demnächst von Schüler(inne)n, erheben dürfen, der stärke nicht irgendwelche „Eigenverantwortlichkeiten“, sondern baue das demokratische Recht auf gleiche Bildungschancen unabhängig vom Einkommen ab. Damit entziehe er letztlich „der demokratischen Gesellschaft die Möglichkeit, ihre Ressourcen sozialstaatlich umzuverteilen“ (siehe: Studie von Bodo Zeuner).

Bezüglich der durch Andreas Klocke angefertigten Studie verwies Kluntz auf die Folgen der Armut für Gesundheit und Bildung. Klocke habe für Europa eine weitere Verschärfung der sozialen Ungleichheit im Kindes- bzw. Jugendalter prognostiziert und von der Möglichkeit zur Ausbildung einer „sozialen Unterschicht“ junger Erwachsener gesprochen, wie man sie bisher nur aus den USA kenne. Um die soziale Ungleichheit im Jugendalter noch deutlicher zu machen, bezog sich Kluntz auf die Ergebnisse der PISA-Studie. Darin werde belegt, wie stark das hiesige Bildungssystem nach der sozialen Herkunft selektiert. Die Forscher kämen hinsichtlich der Lesekompetenz im internationalen Vergleich zu dem Ergebnis, dass Deutschland zu den Ländern gehöre, in denen die 15-Jährigen ein unterdurch-

schnittliches Kompetenzniveau erreichten und in denen gleichzeitig die engste Kopplung von sozialer Herkunft und Kompetenzerwerb nachweisbar sei. Im internationalen Vergleich steige tendenziell die Lesekompetenz mit einer sich lockernden Kopplung von sozialer Herkunft und Kompetenzerwerb.

Höhere Mortalitätsrate

Für die Sozial- und Gesundheitsberichterstattung in der Bundesrepublik könne bei allen nötigen Einschränkungen als gesichert gelten, dass materielle bzw. soziale Armut immer auch Auswirkungen auf die Gesundheit hat, schlussfolgerte Kluntz. Personen, die in sozial benachteiligten Verhältnissen leben, sind gleich in mehrfacher Hinsicht



gefährdet. Festzuhalten sei eine deutlich höhere Zahl jener Kinder, die mit einem Gewicht von weniger als 2.500 Gramm geboren werden und der Personenkreis sei von einer zweimal höheren Mortalitätsrate durch Unfälle betroffen als bei Kindern aus privilegierten Schichten. Auch sei ein sehr viel häufigeres Auftreten akuter Erkrankungen und eine höhere Anfälligkeit für chronische Erkrankungen nachweisbar. Abgesehen vom geringen psychosozialen Wohlbefinden der Kinder und Jugendlichen wegen mangelnder Zukunftsperspektiven, habe zudem die sozialräumliche Segregation negative Folgen. Sie entziehe der Gesellschaft den Blick auf die alltäglich in ihr stattfindende Ausgrenzung. „Demzufolge ist eine gesellschaftliche Spaltung zu prognostizieren, weil Solidarität nicht mehr gelebt werden kann“, sagte der Wissenschaftler.

Nach Ansicht von Kluntz bestehe „dringender Bedarf, alternative Vorschläge zur Bewältigung der Massenerwerbslosigkeit aufzugreifen und zu unterstützen“. Die Polarisierung von Armut und Reichtum, insbesondere auch die soziale Benachteiligung von jungen Menschen sei nicht „durch isolierte Maßnahmen, wie etwa höhere Transferleistungen an Eltern, zu bekämpfen, sondern nur mittels einer integralen Beschäftigungs-, Bildungs-, Familien- und Sozialpolitik“. Nötig sei deshalb ein Konsens zur Umverteilung von Arbeit, Einkommen und Vermögen. Er sprach sich für das Projekt einer allgemeinen, einheitlichen und solidarischen Bürgerversicherung aus. Es sei allerdings nur dann viel versprechend, wenn darin alle Einkommen zur Grundlage genommen werden. Es dürfe keine Beitragsbemessungsgrenze geben, Einzahlungen müssten nach dem solidarischen Progressivprinzip und Auszahlungen nach egalitären Prinzipien vorgenommen werden.

Hohe Armutsrate trotz Wirtschaftswachstum

Der Wissenschaftler Jonathan Healy vertrat als politischer Analyst die Agentur „Combat Poverty Agency“ auf der Berliner Konferenz und sprach über die Erfahrungen in Irland. Die Agentur ist eine Regierungseinrichtung und es gibt sie bereits seit 20 Jahren. Sie wurde per Gesetz gegründet und hat die Aufgabe, Forschungsarbeiten zum Thema Ausgrenzung und Armut anzufertigen.

Healy bezog sich bei seinen Ausführungen auf eine Fallstudie, die seine Agentur zum Thema veröffentlichte. Zwar habe Irland eine Phase von erstaunlichem Wirtschaftswachstum in den letzten zwölf Jahren durchlaufen, schickte er voraus, doch habe man das Problem der Armut „trotzdem nicht in den Griff bekommen, ganz besonders nicht die Kinderarmut“. Vor allem die relative Armutsrate sei sehr hoch. Die Statistik belege, dass allein erziehende Eltern einem deutlich erhöhten Risiko ausgesetzt seien: Fast die Hälfte von ihnen falle unter den Begriff Einkommensarmut.

Ein interessantes Paradox

Er bezeichnete die Tatsache, dass das gute Wirtschaftswachstum in Irland kaum Auswirkungen auf die Verringerung der Armut hatte, als ein interessantes Paradox. Zwar sei das ökonomische Wachstum in den vergangenen zehn Jahren sehr lebhaft gewesen und im Vergleich zu den anderen europäischen Ländern rund zweieinhalb Mal höher. In der gesunkenen Arbeitslosenrate habe sich das Wachstum zwar bemerkbar gemacht, doch die Auswirkungen auf die Armutsrate waren kaum zu verspüren. Vor allem der Prozentsatz der allein erziehenden Eltern an der Einkommensarmut sei in Irland sehr hoch. 20,8 Prozent der Kinder in diesen Haushalten seien direkt von Armut betroffen. Sie seien in jeder Hinsicht unterversorgt und benachteiligt.

Zu geringe Sozialausgaben

Als einen wichtigen Grund für den Widerspruch diagnostizierte Healy den Anteil der geringen Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP). Es werde kein großer Prozentsatz für Bildung, Kinderbetreuung, Gesundheit usw. in Irland ausgegeben. „Im Vergleich zu den anderen 15 europäischen Ländern stehen wir ganz am Ende.“ Healy erinnerte daran, dass die neoliberal ausgerichtete irische Regierung dafür gesorgt habe, dass die Sozialausgaben niedrig bleiben.

Gesellschaftliche Benachteiligung

Als eine der Auswirkungen des starken Wirtschaftswachstums in Irland bezeichnete Healy den „hohen Einkommensunterschied zwischen den oberen Gruppen und den unteren“, das zu dem hohen Niveau an relativer Einkommensarmut geführt habe. Dies manifestiere sich in absoluten Formen der gesellschaftlichen Benachteiligung, sagte er.

Aus der qualitativen Forschung sei bekannt, dass Familien sehr oft über wenig Einkommen verfügten und rund ein Drittel davon für die grundsätzlichen Dinge des Lebens, wie Nahrungsmittel, Haushaltsrechnungen und Grundbedarf von Kindern, ausgeben. Außerdem wäre es nachweisbar, dass im Gegensatz zu vielen anderen Aussagen in diesen Familien das verfügbare Geld sehr sorgfältig verwaltet werde. Andererseits sei es aber auch so, dass in dieser Gruppe

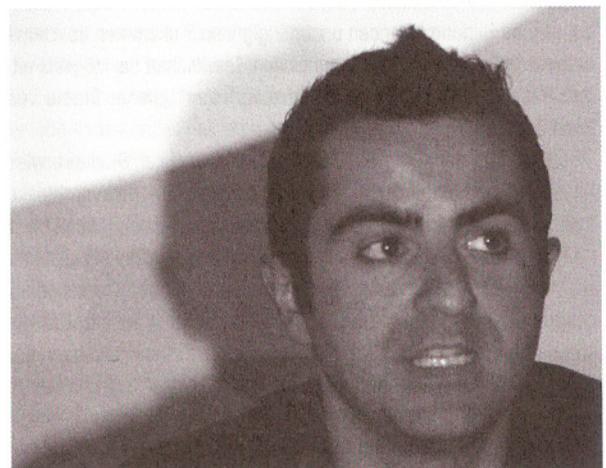
besonders viele Kredite aufgenommen werden und verschuldete Familien anzutreffen sind. Aus den Forschungen zur Armut gehe zudem hervor, dass sie in einem Zusammenhang mit begrenzten schulischen Möglichkeiten oder Leistungen in der Schule stehen. Diese Faktoren begünstigen Arbeitslosigkeit, unsichere Arbeitsplätze und schlechte Gesundheit. Ärmere Kinder lebten zumeist in schlechteren Umgebungen, wo es weniger öffentliche Einrichtungen gebe. Healy verwies auf die Bedeutung eines sozialen Netzes für Familien, „insbesondere in einem Land, wo Kinderbetreuung bislang überhaupt nicht vom Staat subventioniert“ worden sei.

Arme Kinder haben eine verkürzte Lebenserwartung

Zu den kurzfristigen Auswirkungen der Kinderarmut zählte der Wissenschaftler die Tatsache, dass Kinder gesellschaftlich ausgeschlossen und dass sie in der Schule gemobbt werden. Langfristige Auswirkungen hätte die Armut auf die Gesundheit, auf das Bildungsniveau, auf die allgemeine Entwicklung, den Beruf, ihre Chancen im Leben und auf die Lebenserwartung. Es wurde nachgewiesen, dass arme Kinder eine verkürzte Lebenserwartung um viele Jahre besitzen.

Formulierten Ziele werden nicht erreicht

In Irland laufe noch bis zum Jahresende der nationale Aktionsplan gegen Armut und Sozialen Ausschluss. Die Zielstellung sei gewesen, die konsistente Armutsquote bis zum Jahr 2007 um zwei Prozent zu senken. Im Moment sehe es nicht danach aus, als ob das Ziel erreicht werde, sagte Healy. Außerdem gebe es noch ein nationales Abkommen der Sozialpartner, aber auch das laufe zum Jahreswechsel aus. Auch der Stand der Abarbeitung anderer Programme deute darauf hin, dass die formulierten Ziele eher nicht erreicht werden können.



Jonathan Healy: Armut verkürzt das Leben um viele Jahre

Die Schere öffnet sich

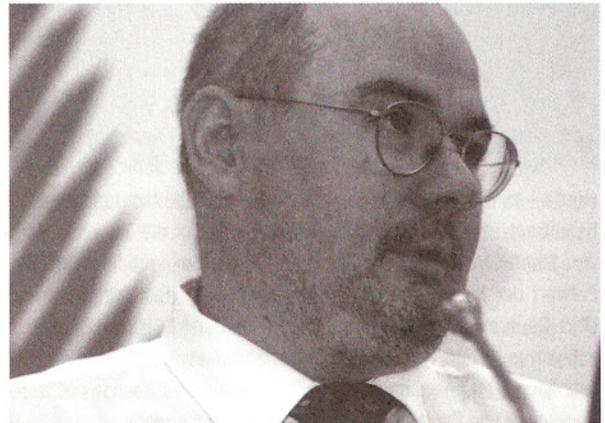
Zum Thema Armut in Deutschland habe die Berliner Zeitung unter der Überschrift „Deutsche sparen sich reich“ einen „ganz bemerkenswerten Artikel“ verfasst, sagte Rudolph Martens vom Paritätischen Wohlfahrtsverband. In dem „skurrilen Leitartikel“ sei behauptet worden, dass „die Deutschen unter ihren Verhältnissen leben“, sie konsumierten zu wenig und viele der Schwierigkeiten, die die Gesellschaft jetzt habe, resultierten aus der Tatsache, dass „wir nicht fleißig genug Euros ausgeben“. Martens wörtlich: „Dazu kann ich nur eins sagen: Wir wissen aus dem amtlichen Armuts- und Reichtumsbericht, dass die unteren 20 Prozent der Einkommenshaushalte ein Vermögen von minus 0,5 Prozent des gesamten Nettovermögens in Deutschland besitzen. Die unteren 20 Prozent haben demnach mehr Schulden als Vermögen.“

Dieser Befund sei zugleich auch Ergebnis einer fatalen Einkommensentwicklung im unteren Einkommensbereich, die sich seit der Jahrtausendwende in Deutschland verstärkt habe: Die unteren Einkommensanteile stagnierten und gingen, relativ gesehen, zurück. Damit habe sich aber die Einkommensschere weiter geöffnet. Allerdings sei dieser Zustand nicht eingetreten, weil „die Oberen dem Rest der Gesellschaft weggaloppiert“ seien, „sondern weil die unteren Einkommen schlapp machten“. Entsprechend lag das durchschnittliche Einkommen des Jahres 2004 unterhalb des Realeinkommens des Jahres 2000. Anhand dieser Haupttendenzen, so Martens, ergäben sich „auch einige qualitative Aussagen über die Entwicklung von Einkommensarmut“: Für die 90iger Jahre konstatierte Martens „konstante und moderate Armutsquoten“, danach „verzeichneten wir, bei qualitativer Betrachtung, einen Anstieg nach dem Jahre 2000.“

Nach Auffassung von Martens liege Armut immer dann vor, „wenn eine Person ein soziales und kulturelles Minimum nicht erreicht“, oder - anders formuliert - wenn sie „keine angemessene Teilhabe an der Gesellschaft besitzt und in gewisser Weise ausgegrenzt wird“. Es sei klar, dass in einem modernen Sozialstaat nur von einem „relativen Armutsbegriff“ ausgegangen werden könne, der sich am mittleren Lebensstandard orientiert. An der Ressource Einkommen definiere sich hauptsächlich die Armutsschwelle. Hier spiele die Europäische Union, so Martens, eine wichtige Rolle. Sie habe vor 30 Jahren ein Armutsprogramm beschlossen, in dem die „Grundlagen der Begrifflichkeiten geschaffen wurden, die seither in den europäischen Sozialwissenschaften benutzt werden“. Im Jahre 2001 habe sich der Europäische Rat auf gemeinsame Indikatoren geeinigt, die EU-weit gültig seien. Der amtliche Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung gehe gleichfalls von der EU-Definition aus, die besage, dass die Armutsschwelle bei 60 Prozent eines „mittleren Einkommens“ (Median-Einkommen) liege (siehe Tabelle).

Arbeitslose überproportional über den Quoten

Nehme man die gemeinsamen EU-Indikatoren als Grundlage, dann ergäbe sich folgendes Bild: In den 90iger Jahren wurden bis zur Jahrtausendwende rund 12 bis 13 Prozent der Bevölkerung unter dieser Schwelle registriert; das waren etwa 10 Millionen Personen. Dieser Anteil steigt nach der Jahrtausendwende auf etwa 15 Prozent an. Damit wären rund 12 Millionen Personen betroffen, darunter über 2 Millionen Kinder. Die statistischen Erhebungen machten des Weiteren deutlich, dass vor allem Arbeitslose „weit überproportional über diesen Quoten liegen“. Weiterhin beträfe es Alleinerziehende, die etwa doppelt so starke Quoten aufwiesen, und auch Kinder und Jugendliche, die gleichfalls überproportional betroffen seien.



Rudolph Martens: Die unteren 20 Prozent der Einkommenshaushalte haben mehr Schulden als Vermögen

Müssen wir mit solchen Raten leben?

Martens erinnerte daran, dass es in Deutschland seit mehr als zehn Jahren nicht gelungen sei, Langzeitarbeitslosigkeit „wirklich substantiell zu reduzieren“. Ohne Erfolge bei der Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit „müssen wir weiterhin mit diesen hohen Armutsraten leben, damit aber auch zwangsläufig mit einer hohen Armutsrate bei Kindern und Jugendlichen“.

Statistik

Armutsquoten Bevölkerung, in Prozent			
	1998	2000	2003
West	12,8 %	11,9 %	14,8 %
Ost	13,2 %	14,4 %	18,1 %
Deutschland	12,9 %	12,4 %	15,4 %

Tabelle: Armutsquoten 1998-2003 der Bevölkerung, berechnet anhand des sozio-ökonomischen Panels des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin (DIW), zugrunde gelegt wurde die 60 Prozent-Schwelle der EU

Unser „Zukunftspotential“ lebt heute schon und hat Ansprüche

Kinder sind nicht nur Mittel zum Zweck

„Das gerade zu Ende gegangen 19. Jahrhundert, sollte das des Kindes sein“, zitierte Ursula Schröter aus dem Jahre 1902. Tatsächlich habe sich aber erst die Psychologie, dann die Soziologie mit der Ökonomie der Lebensphase Kindheit befasst. Parallel zu diesem sozialwissenschaftlichem Interesse habe sich das politisch-juristische entwickelt.

Das erste Dokument, das das Thema Kinder auf einer internationalen Ebene behandelt habe, sei die Genfer Deklaration von 1924 gewesen. Ein Fünf-Punkte-Programm, das vom damaligen Völkerbund anerkannt wurde. Nach dem zweiten Weltkrieg beschäftigte sich die inzwischen gegründete UNO mit diesem Thema und verabschiedete auf ihrer Vollversammlung am 20. November 1959 einstimmig die Deklaration über die Rechte des Kindes, sagte die Rednerin.

Zwanzig Jahre später, im internationalen Jahr des Kindes, wurde – einer Initiative Polens folgend –, eine Arbeitsgruppe der UNO beauftragt, eine Konvention zu erarbeiten, die für die unterzeichnenden Staaten verbindlicher sein sollte, als die Deklaration selbst. Der Entwurf der Konvention lag im Frühjahr 1989. Sie wurde von der UNO-Generalversammlung am 20. November 1989 bestätigt. Also scheint es in den vergangenen 100 Jahren ein steigendes wissenschaftliches Interesse und gleichzeitig auch eine wachsende politische Bedeutung von Kindheit und Jugend gegeben zu haben.

Bestenfalls eine gewachsene Sensibilität

Doch der Schein trüge, vor allem was die politische Bedeutung betrifft, sagte Ursula Schröter. „Bestenfalls kann von einer gewachsenen Sensibilität gegenüber Kinderfeindlichkeit die Rede sein. In den letzten Jahrzehnten des zwanzigsten Jahrhunderts, insbesondere in der Folge der 68er Bewegung, ist vielfach in der kindersozilogischen Literatur von Paradoxien der Kindheit die Rede.“

In allen modernen Gesellschaften wurden Kinder einerseits als wichtiges, oft als wichtigstes Element im Leben bezeichnet und respektiert. Das Kind würde im Denken jedes einzelnen Menschen hohes Ansehen genießen; Kinderpolitik sei insofern das soziale Gewissen der Gesellschaft. Richard von Weizsäcker sprach von einem Maßstab für kulturelles Niveau. Auf der anderen Seite stand die faktische Vernachlässigung dieser Bevölkerungsgruppe in der Politik. Es sei abwegig, dass moderne Gesellschaften scheinbar zwanghaft ihre eigene Zukunft missachteten. „Im Internet habe ich unter der Adresse „Schule Bremen“ gelesen: Kinder und Schüler sind für Politik nicht bedeutsam, sie bringen dem Staat kein Geld und den Parteien keine Stimmen.“ Sie scheinen auch dann nicht für Politik bedeutsam zu sein, wenn über den Rand des unmittelbar Ökonomischen und Wahlaktischen, hinausgedacht wird.

Geht bis auf Bismarck zurück

In einer jüngeren Publikation sei zum Zusammenhang zwischen Kindheitsforschung und Wohlfahrtsstaat nachzulesen, dass der Sozialstaat, insbesondere der deutsche Sozialstaat, starke Züge des Patriachalismus und Etatismus aufweise, weil der auf Bismarck zurückgehende Ausgangspunkt der sozialen Sicherung, die Statusbewahrung des männlichen Normalarbeitnehmers war. Außerdem ging es

von Anfang an um Ausgestaltung einer Leistungs- und Gegenleistungsbeziehung, Kinder spielten nur als Angehörige und nicht als Subjekte eine Rolle.

Vorbehaltserklärung seit fast 15 Jahren heftig umstritten

Für keine andere gesellschaftliche Gruppe seien die gesetzlichen Bandagen, die zur Berichterstattung zwängen, so klar definiert, sagte Ursula Schröter. Es gebe die Kinderkonvention, über die regelmäßig vor der UNO berichtet werden müsse. Deutschland habe diese Konvention 1992 unterzeichnet und hinterlegte damals zusammen mit der Ratifikationsurkunde bei der UNO eine völkerrechtliche Erklärung, die bis heute als Vorbehaltserklärung bezeichnet wird. „Sie ist seit fast 15 Jahren heftig umstritten, sowohl innerhalb, als außerhalb des Bundestages“, erklärte Frau Schröter. Nur zurückgenommen sei sie bis heute nicht.

Deutschland hat zwei Berichte zur Kinderkonvention erstellt

Bisher habe Deutschland zwei Berichte über die Erfüllung der Kinderkonvention erstellt. Ein Jahr nach dem ersten Bericht, der planmäßig 1994 bei der UNO vorgelegt wurde, gründete sich die so genannte nationale Koalition, eine Vereinigung von inzwischen etwa 90 Verbänden, die sich für die Schattenberichterstattung der Nichtregierungsorganisationen zuständig fühlen. Und diese nationale Koalition hat auch für den zweiten Bericht des Jahres 2001, eine Ergänzung geschrieben.

Vorbehaltserklärung nicht zurückgenommen

Der Schattenbericht bemängelt vor allem, dass in Deutschland eine „strukturelle Verankerung der Kinderrechte in Politik, Gesetzgebung und Verwaltung“ fehle und dass die umstrittene Vorbehaltserklärung trotz dreimaliger Aufforderung des Deutschen Bundestages nicht zurückgenommen wurde. In diese und ähnliche Richtungen zielten auch die so genannten abschließenden Bemerkungen, die der entsprechende UNO-Ausschuss Ende Januar 2004 der deutschen Regierung übergeben hatte. Wie in Deutschland mit diesen Empfehlungen umgegangen wird, soll nun im nächsten „Dritte Staaten Bericht“ stehen, sagte Frau Schröter. Dieser werde aber erst 2009 fertiggestellt.

Berichte müssen nicht das gesamte Spektrum erfassen

Als zweite Quelle gebe es das Kinder und Jugendhilfegesetz (KJHG). Dies verpflichtet die Bundesregierung, nun in regelmäßigen Abständen zum nationalen Kinder- und Jugendberichten vorzulegen. Diese Berichte werden in aller Regel von einer Sachverständigenkommission in ehrenamtlicher Arbeit erarbeitet und anschließend vergleichsweise breit diskutiert. Es sei üblich geworden, dass solchen